1 | 18 Februar 2018

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES

Hessenkasse – grundsätzlich richtig, aber Landkreise fordern Anpassung von Laufzeit und Beitrag

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich aus den Gesprächen des Landes mit den hessischen Landkreisen, Städten und Gemeinden ergeben hat, dass das Volumen der Hessenkasse mit rund 1,2 Mrd. Euro niedriger ausfallen wird, als ursprünglich angenommen, hat das Präsidium des Hessischen Landkreistages nochmals die Flexibilisierung der Beiträge und damit der Laufzeiten für die Landkreise gefordert.

Der sich ergebende Spielraum sollte genutzt werden, um die notwendigen Beiträge zur Hessenkasse auch in wirtschaftlich angespannteren Zeiten ohne zusätzliche Belastungen für alle Beteiligten, insbesondere von kreisangehörigen Städten und Gemeinden leisten zu können..

Die Forderung des Landes eine Erhöhung der Kreisumlagen, die niemand will, aber das einzige beeinflussbare Refinanzierungsinstrument der Landkreise ist, auf 30 Jahre auszuschließen, ist nicht realistisch und stellt einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.

Es ist sinnvoller, die sich ergebenden Spielräume zur Entlastung der Kommunen zu nutzen und nicht, wie im Gesetzentwurf beabsichtigt, von Anfang an ein Vermögen aufbauen, das zur Bedienung der Hessenkasse nicht erforderlich ist. Sollte dies trotzdem geschehen, so sind die nicht erforderlichen Mittel, so wie das Gesetz dies aktuell vorsieht, für kommunale Zwecke einzusetzen. Im Gegensatz zum Gesetzentwurf sollte die Entscheidungshoheit für die Verwendung dieser Mittel jedoch bei den Kommunen und nicht beim Land liegen.

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

die Hessenkasse ist aktuell das wichtigste Vorhaben des Landes im Verhältnis zu den Kommunen. Die Verhandlungen hierüber gehen in die entscheidende Phase. Aktuelle Berechnungen haben ergeben, dass das Land hierbei von einem Finanzvolumen ausgeht, das für den eigentlichen Zweck, den Abbau von Kassenkrediten nicht benötigt wird. Damit besteht die Gefahr einer zu starken Bindung von kommunalen Mitteln. Einzelheiten hierzu finden Sie in dem nebenstehenden Leitartikel.

Darüber hinaus behandeln Artikel dieses Newsletters die Bedeutung der Zentralen Leitstellen für den Schutz der hessischen Bevölkerung sowie weitere Themen, die für die hessischen Landkreise aktuell und wichtig sind.

Bei der Lektüre dieser Ausgabe wünsche ich Ihnen wie immer viel Vergnügen.

Ihr

Bernd Woide (Präsident)
Landrat

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02
- Die Zentralen Leitstellen sind unverzichtbar für den Schutz der Bevölkerung in Hessen
- Zuständigkeiten in der Geschäftsstelle des Hessischen Landkreistages

KURZ NOTIERT SEITE 03
- Sozialausschuss des DLT zu Gast im Vogelsbergkreis
- Entwurf für ein Hessisches Mobilitätsfördergesetz
- HLT-Fachtagung zum Thema Wohnsitzauflage

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04
- Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD – Deutscher Landkreistag fordert Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

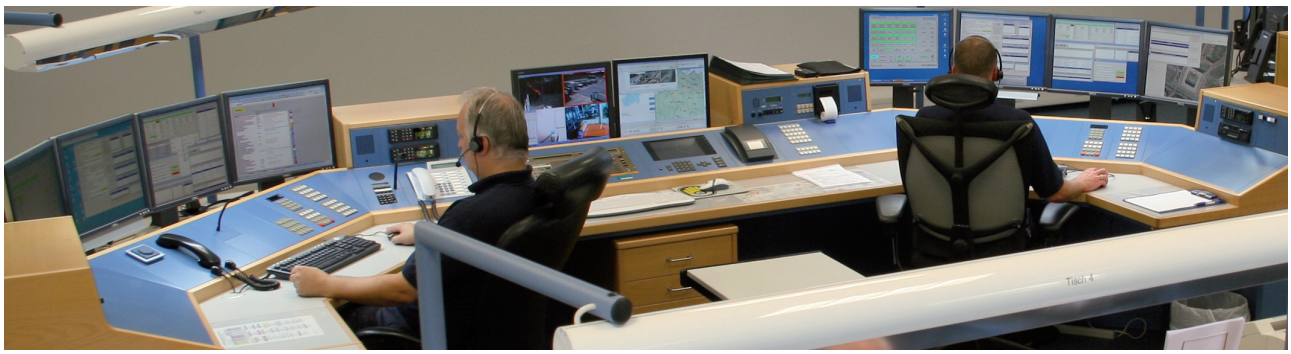
PERSONALIEN / TERMINE SEITE 04

Die Zentralen Leitstellen sind unverzichtbar für den Schutz der Bevölkerung in Hessen

Zum Europäischen Tag des Notrufs haben der Hessische Städtetag und der Hessische Landkreistag auf die große Bedeutung der Zentralen Leitstellen in Hessen hingewiesen.

In Hessen werden die auf der Notrufnummer 112 eingehenden Notrufe automatisch auf die 25 Zentralen Leitstellen der kreisfreien Städte und Landkreise umgeleitet. Die hilfesuchenden Bürgerinnen und Bürger erhalten durch diese Nummer direkten telefonischen Kontakt mit einer der Einsatzbearbeiterinnen oder einem der Einsatzbearbeiter. Diese verfügen über Ortskenntnisse sowie das Wissen und die Kompetenz den oftmals aufgeregten Menschen schnell und umfassend zu helfen. Die Zentralen Leitstellen koordinieren schnell und umfassend die notwendigen Hilfen in den Bereichen des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes und sind deshalb unverzichtbar für den Schutz der Bevölkerung in Hessen. Die Struktur der Zentralen Leitstellen in Hessen hat sich vollkommen bewährt, da nur durch die Bündelung der Kenntnisse und der Fachkompetenzen aller drei Bereiche der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr eine schnelle Reaktion auf die Notrufe aus der Bevölkerung möglich ist.

Durch die Zentralen Leitstellen wird die integrierte kommunale Gefahrenabwehr sichergestellt. Es ist wichtig, dass alle Hessen wissen, wo sie im Notfall anrufen müssen. Die unlängst vom Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier wiederholte Zusage, die bewährte Struktur in Hessen beizubehalten, wurde deshalb von den Präsidenten der beiden Verbände ausdrücklich begrüßt.



Zuständigkeiten in der Geschäftsstelle des Hessischen Landkreistages

Die Geschäftsstelle des Hessischen Landkreistages hat zusammen mit dem Hessischen Städtetag und den GVV-Versicherungen ihren Sitz im Haus der kommunalen Selbstverwaltung in Wiesbaden. Sie vertritt die Positionen des Hessischen Landkreistages nach außen und bearbeitet Anfragen und Anträge der Mitglieder von grundsätzlicher Bedeutung. Zudem bereitet sie die Beschlüsse der Verbandsorgane vor und führt sie aus.

Ihre Ansprechpartner sind:

Dezernat Drexelius
Geschäftsführender Direktor
Matthias Drexelius
Sekretariat Barbara Racke

Dezernat Prof. Dr. Hilligardt
Direktor
Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt
Sekretariat Patricia Rehn

Referat Finanzen
Referatsleiter Daniel Rühl
Referentin Dr. Tatjana Teschner
Sekretariat Gabriele Kemnitz

Referat Wirtschaft, Umwelt und Verkehr
Referatsleiter Ass. Jur. Lorenz H. Wobbe
Referentin Dr. Tatjana Teschner
Sekretariat Yvonne Welcher

Referat Schule und Kultur
Referatsleiter Ass. Jur. Lorenz H. Wobbe
Referentin Anne Monreal-Horn
Sekretariat Yvonne Welcher

Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Ass. Jur. Tim Ruder

Organisation
Ass. Jur. Lorenz H. Wobbe

Organisation und Öffentlichkeitsarbeit
Melanie Ries-Knauer

Personal- und Finanzverwaltung
Christiane Gasser

Druckerei, Poststelle und Materialwirtschaft
Erik Kropp

Referat Recht, Verfassung und Europa
Referatsleiter Ass. Jur. Tim Ruder
Referentin Brigitte Hißnauer
Sekretariat Yvonne Welcher

Referat Soziales
Referatsleiter Robert Stark
Referent Felix Würfel
Sekretariat Gabriele Kemnitz
Bereich Jugend:
Referentin Anne Monreal-Horn

Referat Gesundheit
Referent Robert Stark
Sekretariat Gabriele Kemnitz

Die Kontaktdaten finden Sie unter www.hlt.de

Sozialausschuss des DLT zu Gast im Vogelsbergkreis

Der Sozialausschuss des Deutschen Landkreistages tagte im Dezember 2017 auf Einladung von Landrat Manfred Görig im Vogelsbergkreis. Der Ausschuss befasste sich neben der aktuellen Entwicklung zur Bildung einer neuen Bundesregierung vor allem mit der Zukunftssicherung einer altengerechten Politik in den Landkreisen auf Grundlage des 7. Altenberichts der Bundesregierung. Darüber hinaus standen die Pflegestützpunkte, die Flüchtlingspolitik sowie das Bundesteilhabegesetz im Fokus der Beratungen. Außerdem wurde mit Landrat Dr. Achim Brötel (Neckar-Odenwald-Kreis) ein neuer Sozialausschussvorsitzender gewählt.

HLT-Fachtagung zum Thema Wohnsitzauflage

Der Hessische Landkreistag hat am 30. November 2017 eine Fachtagung zum Thema Wohnsitzauflage im Landkreis Darmstadt-Dieburg durchgeführt. Landrat Klaus Peter Schellhaas eröffnete die Tagung, im Anschluss ging der Direktor des Hessischen Landkreistages, Prof. Dr. Jan Hilligardt auf die Pro- und Contra-Argumente zu der am 1. September in Hessen in Kraft getretenen Wohnsitzauflage in Hessen ein, die auch in den Verbandsgremien des HLT diskutiert wurden.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Vorträge der Leiterin des Referates Aufenthaltsrecht im Innenministerium, Frau Ehrentrude Ruf-Hilscher, die den Anwendungsbereich der gesetzlichen Regelung und die damit verbundene Intention, nämlich die gleichmäßigere Auslastung von Integrationsmaßnahmen in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, vorstellte. Im Anschluss folgten die Ausführungen des Vorstandes -Pro Arbeit-Kreis Offenbach, Herr Boris Berner. Er sprach über die Auswirkungen der Wohnsitzauflage auf das SGBII. Besondere Aufmerksamkeit erzielte der Vortrag von Herrn Manfred Wetzel, Leiter des Bereiches Sicherheit, Kommunales und Soziales der Regierung Unterfranken. Er berichtete über die Erfahrungen mit der Wohnsitzauflage, die in Bayern seit über einem Jahr in Kraft ist, und ermöglichte somit einen Blick über die Landesgrenze. Für über 80 Personen aus den Kreisjobcentern bzw. den Gemeinsamen Einrichtungen und den Ausländerbehörden brachte die Tagung hilfreiche Erkenntnisse.

Entwurf für ein Hessisches Mobilitätsfördergesetz

Die Landesregierung hat den Entwurf für ein Mobilitätsfördergesetz vorgelegt. Wesentliche Inhalte des Entwurfes sind, dass das Land ab dem 1. Januar 2019 Fördermittel in Höhe von „mindestens“ 100 Millionen Euro jährlich für Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der nachhaltigen Mobilitätsentwicklung in den hessischen Gemeinden und Landkreisen gewähren will. Dabei sollen sowohl ÖPNV-Vorhaben, aber auch der kommunalen Straßenbau gefördert werden.

Der HLT hat das Vorhaben begrüßt: Gerade in ländlich strukturierten Gebieten ist ein flächendeckender und effizienter öffentlicher Personennahverkehr sowie der Bau, Ausbau und auch die Grunderneuerung von verkehrswichtigen kommunalen Straßen, insbesondere Kreisstraßen, besonders wichtig. Bei solchen Vorhaben besteht landesweit weiterhin ein großer Bedarf. Deshalb fordert der Verband eine automatische Dynamisierung der einzustellenden Fördermittel, die erheblich über 100 Millionen Euro pro Jahr liegen sollten, sowie eine Pauschalisierung der Mittel für den kommunalen Straßenbau, um deutliche Verfahrensvereinfachungen zu erreichen.

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD – Deutscher Landkreistag fordert Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Der Deutsche Landkreistag begrüßt, dass sich CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag einigen konnten, und stellt fest, dass der Vertrag aus Landkreissicht eine Reihe guter und wichtiger Unterstützungen, die teilweise mit erheblichen Finanzmitteln unterlegt werden sollen, enthält.

Allerdings sind diese Maßnahmen nach derzeitigem Stand zum Teil finanziell nicht abgesichert und bewirken strukturell eine Schwächung der kommunalen Ebene. Denn Maßnahmen zur Stärkung der Kommunalfinanzen – etwa durch eine erhöhte und aufgabenadäquater als bisher verteilte Umsatzsteuerbeteiligung der Gemeinden und Landkreise – fehlen im Koalitionsvertrag völlig. Stattdessen schmälert man die kommunale Eigenverantwortung, wenn für kommunale Aufgaben wie Kinderbetreuung, Schulbau und -unterhaltung, die Erbringung sozialer Leistungen oder die Integration von Flüchtlingen deutliche Einwirkungs- und Kontrollrechte des Bundes vorgesehen werden. Der Vertragstext enthält aus kommunaler Sicht nahezu durchgehend den Geist eines sich mehr und mehr auf Zuständigkeitsfeldern der Länder betätigenden Bundes. Insofern ist der Grundsatz, wonach jede Ebene ihre Aufgaben – und nur diese – verlässlich und mit hinreichenden finanziellen Mitteln erfüllt, im Koalitionsvertrag nur an wenigen Stellen erkennbar. Statt Hilfe zur Selbsthilfe durch Sicherstellung einer aufgabenangemessenen kommunalen Finanzausstattung drohen neue finanzielle Abhängigkeiten der Kommunen vom Bund. Dies ist deutlich zu kritisieren.

Zudem ist die noch im Vorentwurf des Vertrages vorgesehene Zusage, wonach an dem geplanten Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage festgehalten werden soll, nicht im finalen Text enthalten. Es ist befürchten, dass es sich um ein „beredtes Schweigen“ handelt, was für die Kommunen äußerst alarmierend wäre, geht es dabei doch um eine seit langem nicht mehr zu rechtfertigende Abschöpfung originärer kommunaler Einnahmen in Höhe von 3,5 Mrd. Euro jährlich.

Zu kritisieren ist schließlich, dass ein Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter im SGB VIII verankert werden soll. Der Deutsche Landkreistag erwartet, dass der Bund in diesem Fall den Ländern die Gelder zur Verfügung stellt, die sie benötigen, um im Rahmen der bestehenden Konnexitätsverpflichtungen den Landkreisen, Städten und Gemeinden als Schulträger jeweils die entstehenden Mehrausgaben zu erstatten.

PERSONALIEN

Neuer Kreistagsvorsitzender des Main-Kinzig-Kreises ist seit dem 15. Dezember 2017 Herr Carsten Ullrich (SPD).

Frau Landrätin Anita Schneider (SPD) wurde von der Bezirksversammlung Mitte am 07. Februar 2018 zur Vorsitzenden gewählt.

Herr Landrat Thorsten Stolz (SPD) und Herr Kreistagsvorsitzender Carsten Ullrich (SPD) aus dem Main-Kinzig-Kreis wurden von der Bezirksversammlung Mitte am 07. Februar 2018 ins Präsidium gewählt.

In der Bezirksversammlung Süd wurde am 06. Februar 2018 Herr Landrat Thomas Will (SPD) zum Vorsitzenden gewählt.

Herr Landrat Bernd Woide (CDU) hat im Februar seine dritte Amtszeit im Landkreis Fulda angetreten.

TERMINE

- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
  Dienstag, 06.03.2018, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Gesundheitsausschuss**
  Mittwoch, 21.03.2018, 10:00 Uhr, Heppenheim
- **Präsidium**
  Donnerstag, 19.04.2018, 09:30 Uhr, Wiesbaden
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
  Montag bis Dienstag, 14.05.2018 bis 15.05.2018, 13:00 Uhr, Brüssel
- **Rechts- und Europaausschuss**
  Donnerstag, 17.05.2018, 10:00 Uhr, Marburg
- **Finanzausschuss**
  Dienstag, 05.06.2018, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Gesundheitsausschuss**
  Mittwoch, 06.06.2018, 10:00 Uhr, Lauterbach

Hessischer Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Matthias Drexelius (geschäftsführend)
Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION
Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer (Öffentlichkeitsarbeit und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare (gedruckte Version)

GESTALTUNG
Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS
Fotolia Bildagentur / Muhr P+K (S.1, S.2)
Landkreis Offenbach, Seite 2
Erich Ruhl-Bady, Pressestelle des Vogelsbergkreises, Seite 3
Hessischer Landkreistag, Seite 3

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.